

20. Mai 2009

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Belakowitsch-Jenewein, Ing. Hofer, Neubauer
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend Wiedereinführung des Angehörigenregresses

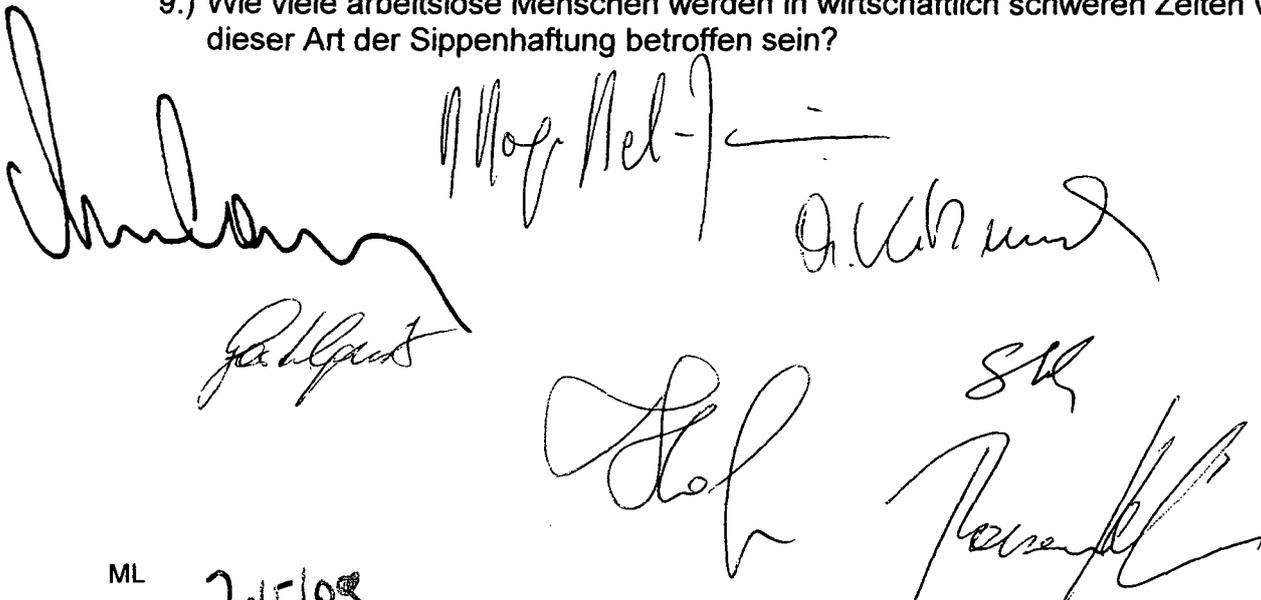
Wie zuletzt bekannt wurde, plant das Kärntner BZÖ aufgrund des hohen
Schuldenstandes des Landes, die Familien von pflegebedürftigen Personen zur
Kasse zu bitten. Der Angehörigenregress soll in Kärnten für Kinder von Personen,
die in Pflegeeinrichtungen betreut werden, wieder eingeführt werden.

Damit wird Kärnten das einzige Bundesland Österreichs sein, in dem Kinder finanziell
zu Schaden kommen, wenn die Eltern aufgrund von Krankheit oder Behinderung
extern betreut werden müssen.

In diesem Zusammenhang stellen unterfertigte Abgeordnete folgende

Anfrage:

- 1.) Ist Ihnen die oben beschriebene Absicht bekannt?
- 2.) Was werden Sie tun, um diese Ungerechtigkeit zu verhindern?
- 3.) Haben Sie bereits mit dem Kärntner BZÖ-Landesrat Kontakt aufgenommen?
- 4.) Werden Sie die Länder stärker in die Pflicht nehmen, um derartige
Ungerechtigkeiten künftig zu verhindern?
- 5.) Werden Sie dem Parlament empfehlen, mit Verfassungsmehrheit eine
zufriedenstellende Lösung zu finden?
- 6.) Wie viele Familien werden in Kärnten von dieser unsozialen Maßnahme
betroffen sein?
- 7.) Wie viele Alleinerzieher werden als Kinder von pflegebedürftigen Eltern
betroffen sein?
- 8.) Wie viele Personen werden aufgrund dieser unsozialen Maßnahme von Armut
betroffen sein?
- 9.) Wie viele arbeitslose Menschen werden in wirtschaftlich schweren Zeiten von
dieser Art der Sippenhaftung betroffen sein?



ML

20/5/09